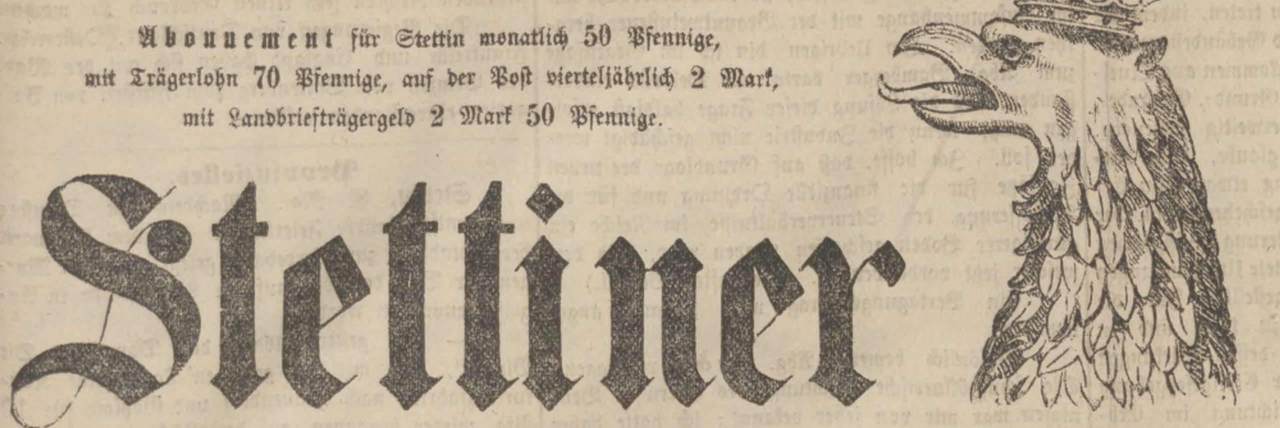
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 8. Mai 1879. Nr. 212.

Deutscher Reichstag.

39. Plenar-Sitzung vom 6. Mai.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, Finanzminister Hobrecht, Geh. Räthe Tiedemann, Burghart, Mayr und Andere.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. den Zolltarif wird fortgesetzt.

Der erste Redner ist heute der

Kommissarius des Bundesraths, bairischer Ministerialrath Mayr: Auf die einzelnen Tarifpositionen einzugehen und dieselben den hier ausgesprochenen Angriffen gegenüber zu vertreten, will ich mir heut versagen, da ja dazu genügende Gelegenheit in der Spezialdebatte vorhanden sein wird. Indessen will ich auf einige Vorwürfe antworten, welche allgemeine Gesichtspunkte betreffen. Der Standpunkt des Abg. Richter, d. h. der Standpunkt der reinen Negation, ist wohl leicht zu widerlegen, denn ihm fehlt jede Basis. (Zustimmung.) Die Defizits in den Einzelstaaten sind da, und den Nachweis hat der Herr Abgeordnete für Hagen nicht zu führen vermocht, wie diese Defizits anders zu decken sind. Nothwendiger und eingehender zu behandeln scheinen mir die Bemerkungen, welche vom wirthschafts-politischen Standpunkte im Allgemeinen gegen die Vorlage gemacht worden sind. Es scheint mir hier ein Widerspruch vorzuliegen, wenn von der linken Seite des Hauses mit großer Entschiedenheit zuerst der Theorie der Handelsbilanz jede Berechtigung abgesprochen wird und doch bei jeder Gelegenheit auf Vergleichung von Ein- und Ausfuhr, insbesondere auf die Qualität und Zusammensetzung der Ausfuhr zahlenmäßig ein so ganz außerordentliches Gewicht gelegt wird. Ich bitte namentlich angesichts der gestrigen Rede des Abg. Oechelhäuser zu bedenken, daß ein großer Theil dieser scheinbar auf exakter statistischer Grundlage beruhenden Deduktionen in Wirklichkeit nur sehr schwach begründet sind. Unsere Handelsstatistik liefert uns ziemlich genaue Angaben über Werth und Menge der Einfuhr, sehr mangelhafte über die Menge der Ausfuhr, ganz ungenügende aber über den Werth der Ausfuhr. Auf der Basis dieser sehr mangelhaften Statistik baut sich nun eine Behauptung auf, welche schon in verschiedenen Reden durchgeklungen hat. Diese auf den ersten Augenblick in ihren Konsequenzen sehr bestechende, dennoch aber unbegründete Meinung läßt sich dahin zusammenfassen: wir führen Rohstoffe und Halbfabrikate ein und Ganzfabrikate aus. Wäre die Behauptung wahr, so ergäbe sich daraus, daß wir erstens für die Industrie mit Zöllen nicht versuchen können und dürfen, weil wir dadurch die Halbfabrikate vertheuern würden, und mit Zöllen auf Rohstoffe und namentlich auf Ernährungsstoffe nicht, weil dadurch wieder die Industrie gar nicht unbedeutend vertheuert wird. Zweitens wird erreicht, wenn man die Nutzanwendung davon auf dem Gebiete der Kampfzölle macht, daß gesagt werden kann: Wir können dem handelspolitischen Nachbar, wenn er sich auch noch so unpassend gegen uns verhält, wenn er uns den Verkehr noch so sehr erschwert, nicht nahe kommen, denn wir schaden uns dadurch selbst wieder mehr. So kommen wir schließlich auf den Standpunkt, zu einer vollständigen handelspolitischen Ohnmacht verurtheilt zu werden. Aber ist schon die ganze Behauptung nicht richtig, so sind es noch viel weniger die Schlußfolgerungen daraus. Es handelt sich zunächst um die Frage, was ist ein Rohstoff? Man faßt gewöhnlich diesen Begriff viel zu engherzig und einseitig vom Standpunkte der Industrie allein auf. Beantwortet man die Frage allgemein vom volkswirthschaftlichen Standpunkte, so sind viele Dinge, die man jetzt gemüthlich und schlechthin unter die Rohstoffe rubrizirt, vielfach Fabrikate, das heißt, es giebt viele Produkte, in denen viel Arbeit und Kapital steckt und welche doch nicht weiter bearbeitet werden. In diesem Sinne ist z. B. das Getreide kein Rohstoff. (Sehr richtig! rechts.) Betrachten wir nach diesem Gesichtspunkt die Angabe der neuesten Handelsstatistik, nach welcher nicht weniger als 717 Millionen an Getreide- und Mehlfabrikaten in dem freien Verkehr des deutschen Zollgebiets eingegangen sind, so interessirt diese Zahl wegen der Summe des darin steckenden (von Fremden, nicht von uns aufgebrachten) Kapitales ganz außerordentlich. Aber auch vom exklusiv industriellen Standpunkt aus ist es nicht richtig, wenn behauptet wird, daß unsere Einfuhr an Ganzfabrikaten verschwindend gering sei. Nach der neuesten Handelsstatistik des statistischen Amtes sind ca. 650 Millionen Mark an Ganzfabrikaten importirt worden. Ist diese Summe etwa unbedeutend? Ich würde Ihnen und mir gewiß einen großen Dienst der Bequemlichkeit erweisen, wenn ich die Summe nicht spezifizirte, dazu bin ich indessen doch zu gewissenhaft (Heiterkeit links). Zu dieser Summe gehören Mehl und Mühlenfabrikate 74 Millionen, Bier, Branntwein, Essig 10, Zucker 5, Konfituren 5, Tabak-Fabrikate 14, Malz 2c. 5, Butter und Käse 27 (hört,, rechts), Steinkohlen 16, Eisenbahnschienen 11, Metallwaaren 31, Droguen und Chemikalien 46, Leinen 7, Leder 2c. 14, Zinkwaaren 20, Seide und Kleiderwaaren 143 (hört, hört, rechts), Backwaaren 7, Holz 17, Maschinen, Fahrzeuge, Apparate 49, Schmuck- und Putzwaaren 14, Bücher 9 Millionen. In dieser Zusammenstellung fehlen die Halbfabrikate in weitestem Sinne, unter anderen die ganze Gruppe der Rohmetalle und der roh bearbeiteten Metalle, ebenso die ganze Gruppe der Garne und Zwirne. Die 650 Mill. bilden nichts desto weniger volle 30 Prozent, also fast ein Drittel unserer gesammten Einfuhr. Dies zur Widerlegung der aufgestellten Behauptung. Es folgt hieraus mit Evidenz, daß es an der Zeit ist, auch die Industrie der Halbfabrikate zu berücksichtigen. Unter diesen Umständen werden Sie auch finden, daß es nicht so schwer ist, mit Kampfzöllen nach Artikel 5 des Zolltarifgesetzes unsere Nachbarn zu treffen, und daß wir glücklicher Weise uns nicht in der handelspolitischen Ohnmacht befinden, die die Folge der oben geschilderten Theorien sein würde. Außerdem behandeln jene Herren bei der Vergleichung den Centner der Einfuhr ebenso wie die der Ausfuhr, ohne zu bedenken, daß unser ganzes bisheriges Zollsystem in der Ausfuhr das billige, in der Einfuhr das hochwerthige prämiirt. Nach meiner Ueberzeugung läßt sich der Werth der Einfuhr gar nicht exakt nach der Statistik bestimmen, es steckt in ihr ein viel höherer als der angegebene Werth, während die Ausfuhr gerade die Artikel, welche sich einer gewissen Werthlosigkeit erfreuen, begünstigt. Es ist gestern von der rechten Seite des Hauses die Exportindustrie eine prekäre genannt worden; sofort ist darauf erwidert worden: „O nein! Durchaus nicht! Diese Export- und Hausindustrie ist festgewurzelt, ist ein kräftiger Baum im Walde der deutschen Industrie." Ich bin dieser Meinung nicht geneigt, aber ist sie wahr, kann dann die vielfach ganz geringe Vertheuerung der Rohstoffe diesen mächtigen Baum entwurzeln? Jede Veränderung der Steuersätze im Ausland, jede Einrichtung neuer Verkehrslinien beeinträchtigt eine solche Industrie ja viel mehr. Stellen sich im Einzelnen spezielle Mißstände heraus, so werden sie in der Spezialdiskussion zur Geltung gebracht werden, und die Regierungen werden mit demselben Ernst wie der Reichstag in die genauen Erwägungen eintreten. (Bravo rechts.) M. H., wir in Deutschland arbeiten bisher mit möglichst billigen Stoffen für die ganze Welt. Dieses Aschenbrödel wollen wir nicht mehr sein. (Bravo.) Wenn man in den Motiven die Behauptung von der Verschiebung der ökonomischen Machtverhältnisse der Nation bemängelt, so überrascht mich dieses um so mehr, als es doch zur Genüge bekannt ist, wie gerade Deutschland seinen ökonomischen Charakter wesentlich geändert hat, wie wir jetzt ein Getreide einführendes Land sind, während wir früher Getreide ausführten, wie diese Aenderung bei allen anderen Nationen eingetreten ist. Ich erinnere nur an Amerika. Die Entwickelung der Verkehrsanstalten, die dadurch herbeigeführte totale Umwälzung der Industrie, Land- und Forstwirthschaft hat auch unzweifelhaft eine totale Verschiebung der ökonomischen Machtverhältnisse bewirkt. Zum Schluß habe ich noch die Ausführung der Motive zu vertheidigen, welche besagt, daß die bisherige Handelspolitik sich nur als haltbar erwiesen haben würde, wenn die anderen Völker auf dem betretenen Wege nachfolgten. Die Motive sind weit entfernt davon, den damaligen Leitern unserer Handelspolitik schwere Vorwürfe zu machen. Nur soll man sich nicht aus falschem Doktrinarismus der Einsicht verschließen, daß die damaligen Verhältnisse anderen Platz gemacht haben! (Lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf erhielt Abg. Dr. Löwe (Bochum) das Wort und zählte die Momente auf, welche die Nothwendigkeit der Entlastung der einzelnen Staaten bedingen, sprach dabei aber die Ansicht aus, daß man dem Reiche nicht zumuthen könne, in dieser Beziehung zu neuen direkten Steuern zu greifen, es müsse sich vielmehr zu indirekten Steuern wenden, die an der Grenze erhoben werden. Dies habe die föderative Republik Amerika gethan, für die es ein Akt der politischen Klugheit war; in einem monarchischen Föderativstaat sei dies ein Akt der politischen Nothwendigkeit, weil das Gegentheil politischer Mord wäre. Das rechte Wort müsse zur rechten Zeit gesprochen werden und er wolle daher die eingetretene Vermehrung der Kommunikationsmittel so ausnützen, wie es möglich. Deshalb habe er auch, obwohl früher Gegner des Staatsbahnsystems, den Bau von Staatsbahnen so viel als möglich unterstützt. Die Grundlage unserer wirthschaftlichen Entwickelung sei erschüttert dadurch, daß wir unseren eigenen Markt dem Auslande Preis gegeben haben. Er sei deshalb für eine mäßige Erhöhung der Zölle, wie sie den Verhältnissen des Landes angemessen seien. Die Getreidezölle anlangend, klagte Redner die Behörden an, daß sie nicht eine Kontrole ausübten über den Preis des Brodes. Er bestritt, daß das Getreide in seinem Gesammtpreise im Lande durch den Zoll werde vertheuert werden. Die Bewegung des Preises sei eine so schwankende, daß die Differenz des Zolles gar nicht in Betracht kommen könne. Redner ging dann noch auf die einzelnen Zölle ein, beleuchtete die Vieh- und Holzzölle, erklärte die letzteren für zu hoch, so daß er noch nicht wisse, ob er dafür stimmen könne und schloß mit der Erklärung, daß nach seiner Ansicht mit der Annahme der Vorlage die Größe und Macht unserer Industrie erhalten bleiben werde, und wenn dadurch nur eine gewisse Ruhe und Befriedigung in die Gemüther kommen würde, so sei er als Politiker mit diesem Resultat zufrieden. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Maltzahn (Gültz) begann mit der Erklärung, daß er nicht im Namen seiner politischen Freunde spreche, denn es sei ja bekannt, daß in dieser Frage die Fraktionen auseinandergingen. Er weiche auch in manchen Punkten von seinem Freunde von Minnigerode ab; nur in einem Punkte stimme er mit ihm und seinen Freunden überein, nämlich darin, daß er das Bedürfniß einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches anerkenne, und daß er die Mittel zur Befriedigung dieses Bedürfnisses auf dem Gebiete der indirekten Besteuerung suche. Diesen Standpunkt habe er seit Jahren vertreten. Da, wo es sich um Finanzzölle handele, stehe er auf dem Boden des Tarifs, hinsichtlich der übrigen Zölle dagegen nicht. Man solle nun die Finanzzölle erkaufen mit einer Reihe von Zugeständnissen, welche seiner Meinung nach dem Wohle des Landes schädlich seien. (Sehr richtig!) Er wünsche eine Reform unserer Zölle auf dem Wege der Handelsverträge. Redner bezeichnete es für unmöglich, die gesammte deutsche Industrie durch Zölle zu schützen, es sei nicht wahr, daß der gesammte inländische Markt für die Industrie die richtige und natürliche Basis abgeben könne; mit aller Theorie von nationaler Arbeit sei es nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Verbindung der Industrie mit dem Auslande festgehalten werden müsse, um dem Lande nicht zu schaden. Das deutsche Reich könne in wirthschaftlicher Beziehung vom Auslande nicht isolirt werden, es gebe nichts Falscheres für dasselbe, als eine konsequent durchgeführte Schutzzollpolitik. (Sehr richtig!) Unsere Küstenländer seien auf den überseeischen Verkehr angewiesen. Die Spitze der Kampfzölle treffe das Ausland, gegen welches sie gerichtet sei, nicht. Redner bekannte sich als entschiedener Gegner der Kornzölle, glaubte aber nicht, daß er sich unter allen Umständen verpflichten könne, gegen dieselben zu stimmen, er ist aber der Ansicht, daß die Landwirthschaft sich durch ihren Ruf nach Kornzöllen am meisten geschadet habe. Wenn er aber für die Kornzölle stimmen sollte, so geschehe es in der bestimmten Hoffnung, daß, wenn die Agitation die Kornzölle wieder fortschaffen sollte, bei dieser Gelegenheit dann auch die hohen Schutzzölle für die Industrie wieder fortgeschafft werden. (Sensation.) Redner hoffte ebenfalls auf Besserung der Zustände durch Annahme des Tarifs, legte aber Verwahrung dagegen ein, daß, wenn eine solche Besserung eintreten sollte, man glauben könnte, sie sei durch die Schutzzölle herbeigeführt. (Heiterkeit. Beifall.)

Abg. v. Varnbüler: Ich würde am liebsten in der General-Diskussion, die die Gegensätze mehr zuzuspitzen als auszugleichen pflegt, nicht sprechen, zumal ich mich in einer Art von Zollübersättigung befinde (Heiterkeit), aber bei meiner besonderen Stellung zur Vorlage muß ich sie gegen den Abg. Delbrück vertreten. Der Abg. Delbrück hat mit besonderem Glück den Zoll auf Eier, die ein Rohstoff für die Photographie sein sollen, bekämpft. Zur Fabrikation des albuminirten photographischen Papiers bedarf man indeß nur 7200 Centner Eier oder noch nicht ein Prozent unseres Eierimports. 700,000 Centner importirter Eier bleiben noch für unseren Frühstückstisch. Ein Rieß photographisches Papier ist durchschnittlich 150 Mk. werth; 360 Eier, etwa 1/3 Centner, zahlen 50 Pf. Zoll, also noch nicht ein 1/3 Prozent. Von einer Vertheuerung des photographischen Papiers kann also nicht die Rede sein. Man hat die Auflegung eines Zolles auf Floretseide schwer getadelt, weil dieselbe in Deutschland nicht produzirt werde und die Crefelder Industrie ihrer in großer Menge bedürfe. Auch hier beträgt der Zoll nur 1/3 Prozent vom Werth. Ich gebe zu, daß der Zoll auf Menschenhaare allerdings ein Finanzzoll sein soll, aber die Kommission hat gedacht, daß man am zweckmäßigsten einen Zoll von denen erhebe, die Chignons und Perrücken tragen. (Heiterkeit.) Man hat die Baumwollenzölle angegriffen, weil sie eine mächtige Baumwollengewerbe-Industrie beeinträchtigen. Wenn die jetzigen Tarifsätze angenommen werden, so wird die Einwirkung durchschnittlich unter 1/2 Prozent stehen, namentlich bei den Wirkwaaren. Ein Prozent macht aber auf den Meter Baumwollenzeug 0,6 Pfennig, auf ein Paar baumwollener Arbeitshosen 2/3 Pfennig. Der arme Mann wird also nicht so sehr geschädigt. Nun ist der Ausarbeitung des Tarifs der Vorwurf der Eile und Oberflächlichkeit gemacht worden. Keiner hat dies mehr empfunden, als die Kommission selbst. Aber wer hat uns in diese Zwangslage gebracht? Habe ich nicht schon im April 1877 im Namen von 143 Mitgliedern dieses Hauses den Antrag gestellt, ganz gründlich unsere wirthschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen? (Sehr richtig!) Hat nicht gerade die Partei Bamberger und Genossen den Antrag auf die Enquete verhindert? Die beschränkte Zeit liegt auch in der Nothwendigkeit, in diesem Jahre die Sache abzuschließen. Die größte Schwierigkeit aber lag in unserer mangelhaften Statistik. (Hört! Hört! Sehr richtig!) Ueber die finanzielle Wirkung des Tarifs zu sprechen, ist kaum zweckmäßig, da es sich einer genauen Berechnung entzieht, wie viel er der Reichskasse eintragen wird. Meiner Rechnung nach im Maximum 58 Millionen, im Minimum 45 Millionen. Soviel steht aber bei mir fest, daß der Tarif an und für sich für das Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstages nicht von entscheidendem Einfluß ist, denn er wird jedenfalls weit unter dem Betrage der Matrikular-Umlagen stehen bleiben. (Hört!) Die Positionen des Tarifs möchte ich nun so stellen, daß die fremde Waare nicht absolut ausgeschlossen ist aus unserem Vaterlande, daß es ihr aber nicht gar so bequem gemacht wird, uns zu überfluthen, und zwar dadurch überdies nicht so bequem gemacht wird, daß die fremde Waare in ihren Fracht-Verhältnissen sehr viel besser bedacht ist, als die inländische. (Hört! Hört!) Ich verneine auch den Satz, daß eine Nation in erster Linie den Export berücksichtigen müsse. In erster Linie muß eine Nation sich auf den inländischen Markt stützen. Der ganze Export ist mehr spekulativer als produzirender Art. (Sehr richtig!) Das gilt aber doppelt von dem deutschen Export. Wir sind politisch heute vielleicht die mächtigste Nation der Welt, aber auf dem ausländischen Markte eine Art Aschenbrödel. Der Engländer tritt auf den fremden Markt entweder in seinen Kolonien oder gestützt auf sein altes Renommee, seine außerordentlich mächtige Flotte, theilweise auch auf seine persönliche Brutalität. (Große Heiterkeit.) Der Franzose hat den Nimbus der Eleganz für sich und die Mode. Wir müssen uns auf dem fremden Markte erst einbürgern, und dies thun die auf dem inneren Markte geschützten Industrien am meisten. (Sehr richtig!) Je höher der Zoll, desto größer der Export. Die Zollerhöhung kann also den Export nicht schädigen. Nichts dient so sehr zur Belebung des nationalen Gefühls, wie eine nationale, in sich abgeschlossene Industrie, nicht allein im Innern, sondern auch dem Auslande gegenüber. (Sehr wahr!) Das Ausland wird sehen, daß Deutschland sich seiner Nationalität bewußt ist, wenn es

nun auch eine Gesetzgebung macht, durch welche es die Arbeit seiner Nation schützt. Dieser Schutz ist noch lange keine sozialistische Agitation. Ich verstehe den Kampf mit dem Sozialismus nicht dahin, daß wir nicht die Pflicht haben sollten, dem deutschen Arbeiter so viel Arbeit zu schaffen, als wir vermögen. (Sehr wahr!) Wenn wir von Staatswegen darauf hinwirken, so agitiren wir nicht sozialistisch, sondern erfüllen nur eine Pflicht der Moralität. (Sehr wahr!) Ich schließe mit einem Worte, welches der berühmte Staatsman und Nationalökonom Thiers im Jahre 1870 ausgesprochen hat: „Wir wollen der deutschen Nation Arbeit [illegible] und sie ihr erhalten, wo sie welche besitzt.“ ([illegible])

Abg. v. Bennigsen: Ich und viele meiner politischen Freunde sind weder eigentliche Schutzzöllner noch eigentliche Freihändler. Die Gesetzgebung muß die wirthschaftlichen Thatsachen im Inlande und den mit demselben in Verkehr stehenden Ländern erkennen, fixiren und danach die gesetzlichen Normen machen. Von diesem praktischen Standpunkte aus kann die Behandlung dieser Vorlage eine wechselnde sein, je nach dem Wechsel der wirthschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Perioden. (Abg. Richter-Hagen: und der Ansichten des Kanzlers.) Wenn Sie glauben, Herr Richter, daß die Ansichten des Kanzlers einen erheblichen Einfluß auf meine Meinung haben, so muß ich das zurückweisen. Ich habe die Unabhängigkeit meiner Meinung genügend und noch vor einem Jahre in eklatanter Weise bewiesen. Wenn man behauptet, daß die deutsche Zollpolitik die schutzzöllnerische Richtung in anderen Ländern befördert hatte, so ist das eine Verwirrung in der Chronologie. Für die Entschließung anderer Länder war nicht die Agitation, sondern die gesetzgeberischen Akte in Deutschland maßgebend und in dieser Beziehung haben wir unter der Herrschaft des französischen und österreichischen Handels-Vertrages ohne Gegenleistung dieser Länder unsere Gesetze im freihändlerischen Sinne geändert. Während die Eisenindustrie seit mehreren Jahren einer schweren Krisis ausgesetzt war, haben wir Ende 1876 die letzten bestehenden Eisenzölle aufgehoben. An diesem radikalen rücksichtslosen Vorgehen sind wir Alle schuld, vor Allem aber die verbündeten Regierungen. (Hört!) Eine Reihe meiner Freunde hätte damals eine Vorlage auf Hinausschiebung der intendirten Aufhebung dieser Zölle unterstützt. Frankreich und Oesterreich sind aber wegen dieser Vorgänge nicht freihändlerischer geworden. Die immer schutzzöllnerischen projets de loi von Frankreich von 1877 und 1878 sind unmittelbar darauf eingebracht, ebenso ging Oesterreich vor, obwohl die Politik des Reichskanzlers damals noch freihändlerisch war. Ich komme daher zu dem Schluß: geholfen hat uns unsere freihändlerische Richtung nichts, wir werden gezwungen, uns auf uns selbst zurückzuziehen. Wir werden allerdings so vorsichtig sein, unsere Maßregeln so einzurichten, daß wir uns nicht schädigen, aber wir werden berücksichtigen müssen, daß ein solcher autonomer Tarif, den wir zu machen gezwungen sind, etwas Anderes ist als ein Konventionaltarif, den wir uns vorbehalten, denn es wird ja doch einmal die Zeit kommen, wo wir wieder Verträge mit anderen Ländern abschließen, wo dann die Sätze, die wir heute machen, ermäßigt werden können. Es ist viel davon die Rede gewesen, daß mit dem jetzigen Tarif die bewährten Traditionen Preußens und des Zollvereins verlassen würden und eine radikale Umänderung einträte, so radikal, wie die Geschichte sie nicht aufweise. Der Himmel möge uns davor bewahren, daß wir zu solchen Extremen übergehen, wie es in Amerika der Fall gewesen ist, aber davon enthält auch diese Vorlage kaum eine Spur. Der Kampf bleibt der alte, zwischen Spinner und Weber, zwischen Ganzfabrikat und Halbfabrikat, zwischen der Industrie, die für den inneren Konsum arbeitet, und der exportirenden Industrie. Da ist die Aufgabe, einen Ausgleich der Interessen zu finden. Ich habe niemals verstanden, wie man die Exportindustrie gering schätzen kann. Wir werden stets unsere große Einfuhr an Rohprodukten mit den Erzeugnissen einer blühenden Exportindustrie bezahlen müssen und dürfen diese deshalb nicht leichtsinniger Weise gefährden. Der Abg. v. Maltzahn ist von einem der Vorlage gegnerischen Ausgangspunkte auf Umwegen wieder bei derselben angelangt. Wenn er die Interessen der Provinzen Pommern und Preußen konsequent zur Richtschnur seiner Handlungen nimmt, so führt das zur Zersetzung jedes großen Staatswesens. (Sehr richtig!) So hat in schweren Zeiten der Patriotismus nicht gerechnet. Ich kann die landwirthschaftlichen Zölle in der hier vorliegenden Gestalt und mit diesen Sätzen keineswegs für so ungeheuerlich und verderblich halten, wie man es darstellt. (Hört!) Wenn die Landwirthschaft zur Ausgleichung der Industriezölle einen Schutzzoll erhalten soll, so sind die vorgeschlagenen Sätze wahrlich nicht hoch gegriffen, vielleicht mit Ausnahme des Haferzolles. Der vorgeschlagene Getreidezoll ist keineswegs ein Schutzzoll für die Landwirthschaft. Glauben Sie, daß es in Deutschland möglich ist, Kornzölle auf die Dauer einzuführen, die die Lebensmittelpreise erheblich vertheuern? Ein solcher Schutz auf Getreide wäre von vornherein zum Tode verurtheilt, die Vollziehung des Urtheils wäre nur eine Frage der Zeit. Die Lage der Landwirthschaft ist außerordentlich schwierig. Unsere Getreidepreise sind augenblicklich außerordentlich niedrig; kehrten sie oft wieder, so wird die Landwirthschaft, besonders die kleine Wirthschaft, nicht mehr lohnend sein. Dann wird die Gesetzgebung diesen Uebelständen näher treten müssen. Die Situation unserer Landwirthe soll auch deshalb eine schlechtere geworden sein, weil sie unter ungünstigeren Steuerverhältnissen als ihre Konkurrenten produziren. Eine Uebereinstimmung der Steuersysteme aller Länder ist nicht denkbar, aber wenn man bisher schon der Ansicht gewesen ist, daß ein richtiges Verhältniß der direkten Besteuerung der Einnahmen aus Grundbesitz zu den Einnahmen aus Kapital nicht besteht, so haben wir jetzt einen Grund mehr, dieser Frage so bald als möglich praktisch näher zu treten, indem wir vielleicht einen Theil der Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen überweisen oder das Einkommen aus Quellen, die eine Spezielsteuer, wie die Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer nicht tragen, anderweitig besteuern. Ich erwähne dies nur, weil ich glaube, daß hinsichtlich der Reform der Besteuerung etwas ganz Erhebliches für die Landwirthschaft geschehen kann, der Niemand eine rationelle Erleichterung mißgönnen wird. Aehnliche, weniger vorbereitete Untersuchungen werden auf anderen Gebieten angestellt. Für die Kreditgesetzgebung ist Manches zu thun und in Preußen schon Manches geschehen, dessen Wirkungen wir noch sehen werden. Bei der Civilgesetzgebung werden wir auf eine andere Einrichtung im Erbrechte hinsichtlich des bäuerlichen Besitzes bedacht sein müssen. (Hört! Beifall rechts.) Also nur durch die Gesetzgebung, nicht durch Schutzzölle kann etwas Dauerndes für die Landwirthschaft geschehen. — Ich komme auf die Frage des finanziellen Bedürfnisses und des verfassungsmäßigen Rechtes des Reichstages und der einzelnen Länder. Im vorigen Jahre bin ich mit den Abgg. Lasker und von Stauffenberg dahin übereingekommen, daß nach Vermehrung der indirekten Steuern im Reich ein gänzlicher oder theilweiser Erlaß der Matrikularbeiträge eintreten müßte. Damals sind wir von einer Summe von 80 bis 90 Millionen, dem damaligen Betrage der Matrikularbeiträge, ausgegangen. Nun haben sich seit dem vorigen Jahre die Finanzverhältnisse in den einzelnen Staaten, namentlich in Preußen, erheblich verschlechtert. Das Defizit in dem preußischen Budget pro 1879—80 beträgt ca. 44 Millionen. Was hat nun die Beseitigung von 90 Millionen im Etat des Reiches für eine Wirkung in Preußen. Bei einer Vertheilung der überschießenden Summen seitens des Reiches würden auf Preußen 10—11 Millionen kommen. Nun wünschen meine Freunde in Preußen eine Reform des dortigen direkten Steuersystems und dadurch Erleichterung, namentlich die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer herbeizuführen. Zu diesem Zwecke bedürfen wir aber mehr indirekte Steuern als 90 Millionen. Der Reichskanzler hat in seiner Einleitungsrede zu diesen Vorlagen sich grundsätzlich für die Beseitigung der direkten durch indirekte Steuern ausgesprochen und behauptet, ein solches System wie unsere Klassen- und Einkommensteuer existire in Europa nirgends. In Frankreich aber, dessen indirektes Steuersystem sehr ausgebildet ist, ist jetzt eine Bewegung, an deren Spitze Herr Gambetta steht, für eine größere Ausbildung des direkten Steuersystems vorhanden, weil die indirekte die niedrige Bevölkerungsklasse zu sehr drücke, und in diesem Augenblick sollten wir unser bewährtes, dem englischen analoges Steuersystem fundamental ändern? Auch ich halte Erleichterungen der direkten Steuern in Preußen, namentlich bei einer erhöhten indirekten Steuer für Preußen durchaus nothwendig, aber man muß vorsichtig dabei umgehen, um das System nicht zu zerstören. Es handelt sich um sehr bedeutende Summen und Vorsicht ist geboten. Ich glaube nicht, daß der preußische Landtag und der preußische Finanzminister in der Lage sein würde, die Reform der direkten Steuern in der vom Kanzler angedeuteten Weise durchzuführen. Wenn wir nun so bedeutende Summen, die wahrscheinlich die des jetzigen Etats um 30 Mill. überschreiten, bewilligen, so können wir die jetzigen Rechte des Reichstags nicht verringern. Ein Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages existirt in dem Sinne, in dem es in vielen Verfassungen enthalten ist, nicht, denn die indirekten Zölle und Steuern beruhen auf Gesetz und entziehen sich insofern der jährlichen Bewilligung; es ist nur die betreffende Zahl einzurücken, die dem Zustande entspricht. Wir haben aber das Recht, die Matrikularbeiträge zu bewilligen. Nun appellire ich an alle Diejenigen, die mit mir in den letzten Jahren an den Arbeiten der Budgetkommission Theil genommen haben, ob nicht gerade dieses Bewilligungsrecht der Matrikularbeiträge dem Reichstage einen wesentlichen Einfluß gestattet hat auf die Einrichtung eines sparsamen Haushalts (Sehr richtig! links). Bei der Bewilligung so großer Summen werden ja die Matrikularbeiträge wegfallen und man muß einen Weg finden, der die Gerechtsame des Reichstages nicht unwirksamer macht, als jetzt. Man kann sogar weiter gehen und versuchen, ob es nicht in Uebereinstimmung mit der Regierung möglich ist, noch wirksamere Rechte des Reichstages herbeizuführen? Das ist indessen in der General-Diskussion nicht zu erledigen, indessen zweifle ich nicht, daß sich eine Verständigung hierüber wird erzielen lassen. Gelingt es, auch die konstitutionellen Gerechtsame des Reichstages in angemessener Form zu sichern, so wird allerdings der Erfolg dieser Reichstagsverhandlungen der sein, daß eine bedeutende Summe an neuen Mitteln bewilligt und damit die Möglichkeit gegeben wird, nicht blos Ordnung, sondern auch Verbesserungen in den einzelnen deutschen Landen herbeizuführen, was ich nicht blos für wünschenswerth, sondern auch für absolut nothwendig halte. Ich resumire mich also dahin: Ich bin bereit, eine mäßige Erhöhung von verschiedenen Schutzzollsätzen eintreten zu lassen, wo das Bedürfniß für dieselben in der Kommission und im Hause nachgewiesen wird und wo nicht auf der andern Seite nachgewiesen werden kann, daß erhebliche Interessen damit geschädigt werden. Ich bin bereit, Finanzzölle zu bewilligen, soweit sie erforderlich sind, um Ordnung in die Finanzen der Einzelstaaten zu bringen. Ich bin bereit, die Tabaksteuervorlage im Allgemeinen zu bewilligen, wenn Dasjenige beseitigt wird, was mir ein zu starker Eingriff in das ganze Tabaksgeschäft zu sein scheint. Die Biersteuervorlage wird in dieser Session neben den anderen Sachen kaum zu erledigen sein, sie kann überhaupt nur im Zusammenhange mit der Branntweinsteuer berathen werden. Im Uebrigen bin ich im Gegensatze zum Abg. Bamberger darin mit Delbrück einverstanden, daß die Lösung dieser Frage baldigst erfolgen muß, wenn die Industrie nicht geschädigt werden soll. Ich hoffe, daß auf Grundlage der neuen Zollsätze für die finanzielle Ordnung und für die Verbesserung der Steuerverhältnisse im Reiche ein günstigerer Boden geschaffen werden wird, als der, welcher jetzt vorhanden ist. (Lebhafter Beifall.)

Ein Vertagungsantrag wird hierauf angenommen.

Persönlich bemerkt Abg. Richter-Hagen: Die schutzzöllnerische Richtung des Herrn v. Bennigsen war mir von jeher bekannt; ich hatte daher keine Veranlassung, wie Herr v. Bennigsen anfänglich annahm, ihm persönlich einen Wechsel der Ansichten durch meinen Zwischenruf vorzuwerfen. Ich wollte nur damit die Vorlage als nicht aus wechselnden Bedürfnissen, sondern aus wechselnden Ansichten des Kanzlers hervorgegangen kennzeichnen.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Deutschland.

Darmstadt, 6. Mai. Der Kaiser von Rußland hat den Wunsch ausgesprochen, den Fürsten Alexander von Battenberg in Livadia zu sehen. Dieser reist daher morgea nach Livadia ab. Er hat die bulgarische Deputation angewiesen, ihre Abreise von Tirnowa vorläufig zu verschieben, und wird dieselbe nicht vor der Rückkehr aus Livadia empfangen; wo, ist noch unsicher und wird der Deputation seiner Zeit mitgetheilt werden. Fürst Alexander hat die Krone noch nicht endgültig angenommen, doch steht die Annahme in sicherer Aussicht, wird aber nur in der Voraussetzung erfolgen, daß der Berliner Vertrag als die alleinige und loyale Grundlage der ferneren Verhältnisse angenommen werde. Der Fürst hat noch nicht seinen Abschied aus der preußischen Armee nachgesucht, sondern wird dies erst thun mit dem Augenblicke der endgültigen Annahme der Krone.

Ausland.

Rom, 3. Mai. Fast wichtiger als die Politik ist uns augenblicklich das Wetter, und leider ist es auch fast noch langweiliger. Seit Wochen schon straft der Himmel das Göthe'sche Wort Lügen, „wenn's genug geregnet hat, so hört es wieder auf“; es hat längst genug geregnet und fängt doch immer wieder von vorn an. Die Tiber hat sich's zu Herzen genommen und steigt langsam in die Straßen der Stadt, als wolle sie ihrem alten Freunde Garibaldi einen Gegenbesuch machen; die Landleute werden besorgt um ihre Ernte, und aus Norditalien meldet man, daß Nässe und Frost die Früchte schon erheblich geschädigt haben. Hier haben wir die für einen römischen Mai unerhörte Mitteltemperatur von 10—12 Grad. Die Seidenwürmer gedeihen dabei nicht; statt deren aber die Interpellationen. Auf Montag Morgen hat das Abgeordnetenhaus, dem Antrage des Herrn Depretis gemäß, eine außerordentliche Sitzung anberaumt, um ein halbes Dutzend Anfragen über Eisenbahnen, Carabinieri, Garibaldi's Manifest u. s. w. u. s. w. ausfechten zu hören. Dem Bedürfniß nach Erörterung der auswärtigen Politik ist dadurch abgeholfen, daß gleich 5 Interpellationen auf einmal über dieselbe angemeldet wurden. Doch ist für die letzteren noch kein Tag angesetzt.

Die französischen Pilger unter dem Grafen Damas haben gestern Audienz beim heiligen Vater gehabt und eine Adresse verlesen, die aber nichts Politisches enthielt, ausgenommen vielleicht die Versicherung, daß „Frankreich noch immer das Land Mariens sei, wie Rom die Stadt Mariens ist“. Der Zusaß in Betreff Roms kennzeichnet den Besitztitel, welchen die Pilger der heiligen Maria zusprechen, als rein theoretisch, so daß Gambetta eigentlich mit dem Grafen und seiner Adresse ganz zufrieden sein kann. Der Papst hat die Pilger, die übrigens nur in kleiner Zahl, eine Art von Ausschuß der französischen Wallfahrts-Gesellschaft, hierher gekommen sind, freundlich empfangen und sie durch eine Einladung zu der Messe, welche er am Sonntag in der Sixtina liest, ausgezeichnet.

London, 5. Mai. Morgen findet in der großen Alberthalle ein Konzert zum Besten Szegedins statt, dem sämmtliche hier anwesende Mitglieder der königlichen Familie beiwohnen werden.

Bezüglich der Zulus verlauten in Regierungskreisen seit dem Entsatze von Ekowe sehr hoffnungsvolle Anschauungen. Sie stützen sich auf die Thatsache, daß gegenwärtig 14,000 Mann englische Infanterie mit zwei Regimentern Kavallerie und 30 Geschützen zum Vormarsch bereit stehen und daß keine weiteren Besorgnisse vor Aufständen der in Natal angesiedelten Schwarzen obzuwalten brauchen. Nun sei es allerdings mögich, daß der Krieg sich lange hinschleppe (von vielen Sachverständigen wird auch dies bezweifelt), doch lasse sich den nächsten Operationen mit Ruhe entgegensehen.

Die offizielle Geburtstagsfeier der Königin fällt dieses Jahr mit ihrem wirklichen Geburtstage, dem 24. Mai, zusammen.

Petersburg, 7. Mai. Die „Agence Russe“ meldet, das durch Obrutschew überreichte Schreiben des Kaisers Alexander an den Sultan und die Ansprache des Kaisers an die Einwohner von Ostrumelien hätten in Konstantinopel eine sehr günstige Aufnahme gefunden. Der Sultan habe in Folge dessen den General Obrutschew beauftragt, der Kommission in Philippopel mitzutheilen, daß er beabsichtige, von den ihm durch Berliner Vertrag zustehenden Rechten jetzt keinen Gebrauch zu machen.

Die Regierungen von Deutschland, Oesterreich, Frankreich und England haben sich mit der Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien einverstanden erklärt.

Provinzielles.

Stettin, 8. Mai. Nachdem am Dienstag unter entsprechender Feierlichkeit auf dem Roßmarkt der Grundstein zur Pferdebahn gelegt, ist heute Morgen der Bau derselben auf der Lindenstraße in Angriff genommen worden.

— Als gestern Abend der Dampfer „Die Blume“, der mit dem gestrigen Tage seine Konkurrenzfahrten nach Frauendorf und Gotzlow für 10 Pfg. wieder begonnen, auf der Rücktour von Gotzlow einen Oderkahn schleppte, stieß letzterer in der Nähe des Bleichholm mit solcher Kraft an einen Pfahl, daß die das Steuer führende Frau über Bord geschleudert wurde. Die Verunglückte wurde sofort wieder gerettet.

— Am 6. d. M., Vormittags, kam der Arbeitsbursche Theodor Matznick aus Pasewalk hier an, um auf einem Schiffe Stellung zu suchen; er begab sich deshalb ans Bollwerk, wo sich auch bald in der Gegend der Baumbrücke ein unbekannter Mann zu ihm gesellte und ihm Arbeit anbot. Diesem übergab Matznick ein Bündel mit Sachen im Werthe von 20 Mk. und begleitete ihn sodann nach dem Schweizerhof, wo ihn der Unbekannte bat, einige Minuten auf ihn zu warten, da er im Hause etwas zu thun habe. Matznick wartete vergebens auf die Rückkehr des Mannes, derselbe hatte sich mit dem Bündel durch den Durchgang nach der Fuhrstraße entfernt. — Gestohlen wurden ferner: am 2. d. M. einer Wittwe, Gartenstraße 1a, eine kupferne Kasserolle im Werthe von 6 Mk. und dem Dreher Carl Brede in der Nacht vom 4. zum 5. d. Mts. aus unverschlossener Wohnung Zabelsdorferstraße Nr. 7 eine silberne Uhr nebst Talmikette im Werthe von 15 Mk.

Tribsees, 6. Mai. Seit einigen Jahren besteht in unserer Stadt ein Bienenzüchter-Verein, dessen Vorsitzender der Küster Bahrdt zu Vorland ist und dessen Mitglieder sich aus Bienenzüchtern und Bienenfreunden aus Tribsees und den umliegenden Dörfern zusammensetzen. Die Versammlungen finden im Gasthof „Zum Deutschen Kaiser“ statt.

In der Versammlung am 15. April, die der stellvertretende Vorsitzende, Herr Förster Badestein, eröffnete, wurde zunächst beschlossen, demnächst im Cavelsdorfer Walde ein Imkerfest zu feiern; die definitive Bestimmung des Tages und des Festarrangements sollen der Berathung an einem anderen Versammlungstage überlassen werden. Darauf wurde vom Küster Herrn Ganschow-Drechow beantragt, die Frühlingsversammlung in diesem Jahre in unserer mecklenburgischen Grenznachbarstadt Sülze abzuhalten und bei dieser Gelegenheit dahin zu wirken, eine Vereinigung der Sülzer Bienenzüchter mit denjenigen des Tribsees'er Vereins zu erzielen.

Diese Versammlung fand am 30. April im Hotel Reifschläger in Sülze statt. Obwohl der Sülzer Verein sich bereits dem mecklenburgischen Centralverein angeschlossen, so ging man dennoch auf den Vorschlag einer Vereinigung ein und es wurde festgesetzt, daß die Versammlungen abwechselnd in Sülze nnd Triebsees abgehalten werden sollten. Zur genauern Informirung las Herr Förster Badestein die Statuten unseres Vereins, sowie diejenigen des baltischen Central-Bienenzüchter-Vereins vor.

Schließlich schlug Herr Lehrer Oltschwager-Sülze vor, den Bienenstand des Rentier Gagel zu besichtigen, was von allen Imkern freudig begrüßt und sofort ausgeführt wurde. Die nächste Versammlung wurde auf den 28. Mai anberaumt.

(Eingesandt.)

Unter den beiden Pumpen auf dem alten Kirchhof befinden sich eingegraben 2 tiefe Fässer, die, völlig unbedeckt, leicht zu Unglücksfällen Anlaß geben können. Das um so mehr, als beide Pumpen nahe bei dem Hauptpromenadengange sich befinden und ein spielendes Kind daher sehr leicht in eins der Fässer fallen könnte. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um an betreffender Stelle eine Abänderung eintreten zu lassen.

Vermischtes.

— Die Tageszeitung in Elisabethtown in Kentucky meldet in einer ihrer letzten Nummern folgende gemüthliche Vorgänge: „Overton war einer der schäbigsten Patrone unserer Stadt, aber er hielt stets Wort. Wer ihn beleidigt hatte, dem versprach er eine Tracht Prügel, und wem er eine solche zugedacht, der konnte auch sicher auf den Empfang rechnen. Craig war im Gegentheil ein ruhiger Kerl, der Keinem etwas zu Leide that. Eines schönen Tages aber mußte er doch wohl Overton beleidigt haben, kurz, Letzterer erklärte öffentlich: „Ich breche dem Craig das Genick, so wahr ich lebe.“ Das erfuhr natürlich Craig. Craig dachte: „Overton hält Wort, ich kenne ihn. Da giebt's nur ein Mittel!“ Dann suchte er Overton in der Kneipe auf und bohrte ihm vorsichtshalber sein Messer in die Brust. Alle Welt ist hocherfreut, daß Overton todt ist. Craig fand natürlich keinen Ankläger.“ — „Am folgenden Tage“, fähet das Blatt fort, „führte Martin Kreiner eine Klara Winter zum Ball, benahm sich aber gegen sie so flegelhaft, daß ihr Vater ihm deshalb Vorwürfe machte. Da zog Martin Kreiner den Revolver und schoß den Alten über den Haufen. Wirklich ein roher Bursche!“